

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Kreistag

Niederschrift

über die 17. ordentliche öffentliche Sitzung des Kreistages am 27.06.2011 im
Kreistagssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943
Luckenwalde.

Anwesend waren:

Kreistagsvorsitzender
Herr Christoph Schulze

Landrat
Herr Peer Giesecke

Kreistagsabgeordnete
Herr Hans-Jürgen Akuloff
Frau Karola Andrae
Herr Dr. Ralf von der Bank
Herr Helmut Barthel
Frau Martina Borgwardt
Frau Maritta Böttcher
Herr Thomas Czesky
Herr Helmut Dornbusch
Herr Peter Dunkel
Herr Danny Eichelbaum
Herr Erich Ertl
Herr Dr. Manfred Georgi
Herr Dr. Rudolf Haase
Herr Bernd Habermann
Frau Carola Hartfelder
Herr Detlev von der Heide
Herr Günter Henkel
Herr Dirk Hohlfeld
Frau Heide Igel
Herr Dr. Gerhard Kalinka
Frau Evelin Kierschk
Frau Gertrud Klatt
Herr Falk Kubitzka
Herr Hermann Kühnapfel
Frau Bärbel Laue
Herr Lutz Lehmann
Herr Fritz Lindner
Herr Lutz Möbus

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Frau Angelika Österreicher

Frau Dr. Irene Pacholik

Herr Frank Priefert

Herr Manfred Radan

Frau Bärbel Redlhammer-Raback

Herr Dr. Rainer Reinecke

Frau Gertraud Rocher

Herr Helmut Scheibe

Frau Gabriele Schröder

Herr Wilhelm Schröter

Frau Ria von Schrötter

Herr Felix Thier

Frau Kornelia Wehlan

Herr Michael Wolny

bis 18.50 Uhr (vor Abstimmung zu TOP 11)

bis 19.30 Uhr (TOP 14)

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske

Herr Holger Lademann

Herr Detlef Gärtner

Herr Dieter Albrecht

Herr Horst Bührendt

Erste Beigeordnete und Dezernentin II

Beigeordneter und Dezernent III

Beigeordneter und Dezernent IV

Dezernent I

Dezernent V

Entschuldigt fehlen:

Kreistagsabgeordnete

Herr Michael Baumecker

Frau Katja Grassmann

Herr Bernd Heimberger

Herr Klaus Hubrig

Herr Wilfried Käthe

Herr Andreas Krüger

Frau Heike Kühne

Frau Christin Menzel

Herr Jörg Niendorf

Herr Andreas Noack

Herr Roland Scharp

Herr Dr. Günter Stinal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:05 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Mitteilungen des Vorsitzenden
- 3 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sondersitzung des Kreistages vom 2. Mai 2011
- 4 Einwendungen gegen die Niederschrift der 16. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 23. Mai 2011
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfragen 4-0943/11-KT und 4-0960/11-KT
- 7 Anfragen
- 7.1 Anfrage des Abg. Dr. Ralf von der Bank, CDU-Kreistagsfraktion TF, zur Überprüfung der Wahlbeamten und Dezernatsleiter (Beschluss 4-0485/10-KT) 4-0974/11-KT
- 7.2 Anfrage des Abg. Helmut Scheibe, Fraktion DIE LINKE., zur Umsetzung des Bildungspaketes der Bundesregierung im Landkreis Teltow-Fläming 4-0980/11-KT
- 7.3 Anfrage des Abg. Felix Thier, Fraktion DIE LINKE., zur Einhaltung des Jugendschutzgesetzes 4-0985/11-KT
- 7.4 Anfrage des Abg. Dr. Ralf von der Bank, CDU-Kreistagsfraktion TF, zur S-Bahnverlängerung von Blankenfelde über Dahlewitz nach Rangsdorf (Beschluss 4-0925/11-KT) 4-0986/11-KT
- 8 Anträge
- 8.1 Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Neubesetzung der Geschäftsführung der SWFG GmbH 4-0898/11-KT/1
dazu:
Änderungsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, DIE LINKE., FDP/BV
- 9 Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 des Landkreises Teltow-Fläming 4-0978/11-LR
- 10 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2011
- 10.1 Einwendungen der Stadt Zossen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2011 4-0968/11-KT
- 10.2 Einwendungen der Gemeinde Rangsdorf gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2011 4-0970/11-KT
- 11 Haushaltssicherungskonzept 2011 4-0920/11-I/1
- 12 Haushaltssatzung 2011 4-0921/11-I
- 13 Jugendförderplan 2011 4-0948/11-V/1
- 14 Tätigkeitsbericht des Landrats über die Arbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming 2010 4-0937/11-LR
- 15 Veräußerung von Geschäftsanteilen an der Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH (LUBA) 4-0904/11-LR/1
- 16 Votierung 2012/2013 - Richtlinie zur Kinderbetreuungsfinanzierung 4-0928/11-V/1

- 17 Erste Änderungssatzung der Gebührensatzung der Kreismusikschule Teltow-Fläming 4-0954/11-V
- 18 Mitteilungen des Landrates

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreistages begrüßt die Abgeordneten und Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass zusätzlich zur Tagesordnung die Anfragen des Abgeordneten Thier zur Einhaltung des Jugendschutzgesetzes (4-0985/11-KT) sowie des Abgeordneten Dr. von der Bank zur S-Bahnverlängerung nach Rangsdorf (4-0986/11-KT) vorliegen. Des Weiteren gibt er bekannt, dass Änderungsanträge der CDU zum TOP 12 (Haushaltssatzung 2011) sowie zum TOP 9 (Eröffnungsbilanz) vorliegen.

Der Kreistag bestätigt einstimmig die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung.

TOP 2

Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende des Kreistages teilt mit, dass mit der Bürgerinitiative Rangsdorf einvernehmlich vereinbart wurde, die Behandlung der Petition zum Spielplatz nochmals zu verschieben, da der Ortstermin erst im August 2011 stattfinden wird.

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass heute ein Schreiben Innenministeriums zum Jugendhilfeausschuss eingegangen ist, in dem mitgeteilt wird, dass das Ministerium aufgrund eines ihm jetzt erst bekannt gewordenen Urteils des Oberverwaltungsgerichtes Brandenburg aus dem Jahre 2003 seine Rechtsmeinung ändert (Schreiben liegt auf den Tischen). Demzufolge wird der Vorsitzende keine Vorlage zur Neubesetzung des JHA in den Kreistag einbringen.

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion mehrfach nachgefragt hat, wie der Stand der Bearbeitung der Anfrage 4-0907/11-KT vom März 2011 zu den Rechtsberatungsleistungen ist. Die Sach- und Rechtslage ist, dass das Rechnungsprüfungsamt vom Landrat mit der Prüfung des Vorganges beauftragt wurde. Sobald der Prüfungsvorgang abgeschlossen ist, wird er dem Rechnungsprüfungsausschuss und dem Kreistag zugeleitet werden. Ihm wurde mitgeteilt, dass dies in absehbarer Zeit erfolgen wird. Er als Vorsitzender des Kreistages kann diesen Vorgang nicht beschleunigen, da das Rechnungsprüfungsamt unabhängig arbeitet.

Der Vorsitzende des Kreistages teilt mit, dass nach dem Ausscheiden von Herrn Vogt aus dem Kreistag nunmehr Herr Michael Baumecker neuer stellvertretender Vorsitzender der Fraktion FDP/BV ist.

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass es vor einigen Tagen Irritationen über die Ausführung der Amtsgeschäfte des Landrates gab. Diese beruhen darauf, dass sich das Ministerium des Innern gegenüber einem Abgeordneten in Blankenfelde-Mahlow missverständlich ausgedrückt hatte. Das Ministerium hat den Vorsitzenden des Kreistages gebeten,

den Kreistag darüber zu informieren, dass der Landrat seine Amtsgeschäfte nicht niedergelegt oder abgegeben hat und voll handlungsfähig ist. Lediglich in Fragen, bei denen möglicherweise Untersuchungen laufen, wird er von der Ersten Beigeordneten vertreten.

Der Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass der TOP „Mitteilungen des Landrates“ als ständiger TOP in die Tagesordnung der Kreistagssitzungen aufgenommen wurde. Hier soll dem Landrat die Möglichkeit gegeben werden, den Kreistag über bestimmte Fragen und Probleme zu unterrichten.

TOP 3

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sondersitzung des Kreistages vom 2. Mai 2011

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass zur Niederschrift eine Einwendung der Abgeordneten Frau Andrae vorliegt. Auf Seite 3 soll bei TOP 2 eingefügt werden, dass es eine Sitzungsunterbrechung gab, in der der Abgeordnete Niendorf begrüßt wurde und die Glückwünsche der Abgeordneten der anderen Fraktionen entgegennehmen konnte. Herr Schulze weist darauf hin, dass er in der Sitzung des Kreistages eine Sitzungsunterbrechung vorgeschlagen hatte, dem die Abgeordneten widerspruchslos gefolgt sind.

Die Abgeordneten haben dazu keine abweichende Meinung. Die Niederschrift ist dahingehend zu ergänzen.

Weitere Einwendungen liegen nicht vor. Damit ist die Niederschrift genehmigt.

TOP 4

Einwendungen gegen die Niederschrift der 16. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 23. Mai 2011

Einwendungen liegen nicht vor. Damit gilt die Niederschrift als genehmigt.

TOP 5

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende des Kreistages erläutert die Verfahrensweise für die Einwohnerfragestunde.

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 6

Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfragen 4-0943/11-KT und 4-0960/11-KT

Es gibt keine Nachfragen.

TOP 7
Anfragen

TOP 7.1

Anfrage des Abg. Dr. Ralf von der Bank, CDU-Kreistagsfraktion TF, zur Überprüfung der Wahlbeamten und Dezernatsleiter (Beschluss 4-0485/10-KT) (4-0974/11-KT)

Sie schriftliche Antwort der Kreisverwaltung liegt vor. Es gibt keine Nachfragen.

TOP 7.2

Anfrage des Abg. Helmut Scheibe, Fraktion DIE LINKE., zur Umsetzung des Bildungspaketes der Bundesregierung im Landkreis Teltow-Fläming (4-0980/11-KT)

Die schriftliche Antwort der Kreisverwaltung liegt vor. Es gibt keine Nachfragen.

TOP 7.3

Anfrage des Abg. Felix Thier, Fraktion DIE LINKE., zur Einhaltung des Jugendschutzgesetzes (4-0985/11-KT)

Herr Beigeordneter Lademann führt aus, dass die Zuständigkeit für die aufgezeigten Probleme bei den örtlichen Ordnungsbehörden liegt und der Landkreis nur die Fachaufsicht wahrnimmt. Der Landkreis wird in der nächsten Zeit Kontakt zu den Gemeinden aufnehmen und in der Sitzung des Kreistages im September eine ausführliche Antwort zu den Fragen geben.

TOP 7.4

Anfrage des Abg. Dr. Ralf von der Bank, CDU-Kreistagsfraktion TF, zur S-Bahnverlängerung von Blankenfelde über Dahlewitz nach Rangsdorf (4-0986/11-KT)

Die schriftliche Antwort der Kreisverwaltung liegt vor. Es gibt keine Nachfragen.

TOP 8
Anträge

TOP 8.1

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Neubesetzung der Geschäftsführung der SWFG GmbH (4-0898/11-KT/1)

dazu: Änderungsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, DIE LINKE., FDP/BV

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft am 11. Mai 2011 zur Vorberatung vorlag und mehrheitlich dem Kreistag zur Annahme empfohlen wurde. Am 15. Juni 2011 lag der Antrag der CDU sowie der Änderungsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, DIE LINKE., FDP/BV zum Antrag der CDU nochmals zur Beratung dem Wirtschaftsausschuss vor. Es gab im Ausschuss eine Diskussion zum Verfahren, es erfolgte jedoch keine Abstimmung.

Deshalb liegt heute der Antrag der CDU-Fraktion vor, der dem Kreistag vom Wirtschaftsausschuss mit einer Änderung zur Annahme empfohlen wurde. Der Beschlussvorschlag würde lauten: „Dem Landrat, der Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der SWFG GmbH ist, wird gemäß § 131 Abs. 1 i. V. m. § 97 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf die Weisung erteilt, in der Gesellschafterversammlung auf eine Abberufung des derzeitigen Geschäftsführers der Gesellschaft und die Bestellung eines neuen Geschäftsführers in 2011 hinzuwirken.“

Der Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass weiterhin der Änderungsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, DIE LINKE., FDP/BV vorliegt, über den im Wirtschaftsausschuss nicht abgestimmt wurde.

Der Vorsitzende des Kreistages schlägt vor, zuerst über den Änderungsantrag zum vorliegenden Antrag abzustimmen und danach über den Antrag der CDU in der vom Wirtschaftsausschuss am 11. Mai 2011 empfohlenen Fassung.

Herr Abg. Barthel plädiert für den Änderungsantrag der Kooperationsfraktionen, der vorsieht, dass vor der Neubesetzung der Geschäftsführerstelle ein Ergebnis der durch den Wirtschaftsausschuss initiierten Arbeitsgruppe auf dem Tisch liegt. Er verweist darauf, dass es nur dann Sinn macht, die Stelle auszuschreiben, wenn klar ist, was in der Wirtschaftsförderung des Landkreises tatsächlich gewollt ist. Das schließt für ihn auch das Thema ein, welche Funktion die SWFG in Zukunft haben soll. Er schlägt vor, dass die Anstellung des neuen Geschäftsführers der SWFG spätestens Ende des 1. Quartals 2012 erfolgen sollte.

Der Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung Änderungsanträge schriftlich und mit dem genauen Wortlaut vorliegen müssen. Ist dies nicht der Fall, erfolgt darüber auch keine Abstimmung.

Es gibt Einverständnis des Abg. Barthel, dass sein Vorschlag als Meinungsäußerung zu Protokoll genommen wird.

Herr Abg. Kühnapfel macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss für Wirtschaft bereits am 11. Mai 2011 den Antrag der CDU mit dem betreffenden Änderungsvorschlag dem Kreistag zur Annahme empfohlen hat. Danach hat der Kreisausschuss den Antrag der CDU sowie den Antrag der Kooperationsfraktionen in die nachfolgende Sitzung des Wirtschaftsausschusses überwiesen. In dieser Sitzung wurde der Antrag gestellt, den Antrag der CDU abzulehnen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Damit gibt es eine zweite „Bestätigung“ des CDU-Antrages im Wirtschaftsausschuss. Aus diesem Grund gab es auch keine Abstimmung über den Änderungsantrag der Kooperationsfraktionen. Deshalb bittet er um Abstimmung über den CDU-Antrag mit der entsprechenden Änderung, dass in 2011 die Geschäftsführung neu besetzt wird, da ein klares Votum des Wirtschaftsausschusses vorliegt.

Herr Landrat Giesecke verweist darauf, dass es Wille aller Abgeordneten ist, rasch neue Strukturen im Bereich der Wirtschaftsförderung zu schaffen, um zu Einsparungen in diesem Bereich zu kommen. Nicht realistisch ist jedoch, noch innerhalb dieses Jahres die Bestellung eines neuen Geschäftsführers umzusetzen. Problemlos wird es möglich sein, sich in wenigen Monaten auf neue Strukturen zu einigen, sodass diese zum 1. Januar 2012 eingeführt werden können. Es wird seiner Meinung nach auch noch in diesem Jahr möglich sein, die Stellenbeschreibung für den Geschäftsführer zu fertigen und die Ausschreibung der Stelle zu veranlassen. Insofern sieht Herr Landrat Giesecke den Beschlussvorschlag der Kooperationsfraktionen als wesentlich realistischer an.

Der Vorsitzende des Kreistages weist nochmals darauf hin, dass Ausschüsse nicht das Recht haben, Beschlussvorlagen bzw. Anträge zu ändern, sondern nur Empfehlungen für den Kreistag aussprechen können. Darüber hinaus ist es nicht maßgeblich, wie viele Voten aus den Ausschüssen vorliegen. Deshalb ist zuerst über die Änderungsempfehlung des Ausschusses abzustimmen, danach über den frist- und formgerecht eingereichten Änderungsantrag der Kooperationsfraktionen zum CDU Antrag und dann über die Fassung, die der Kreistag nunmehr infolge der vorangegangenen Abstimmungen als geänderten Antrag ansieht.

Es erfolgt Abstimmung über die Empfehlung des Wirtschaftsausschusses, den Beschlussvorschlag des CDU-Antrages durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

„Dem Landrat, der Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der SWFG GmbH ist, wird gemäß § 131 Abs. 1 i. V. m. § 97 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf die Weisung erteilt, in der Gesellschafterversammlung auf eine Abberufung des derzeitigen Geschäftsführers der Gesellschaft und die Bestellung eines neuen Geschäftsführers in 2011 hinzuwirken.“

Der Kreistag beschließt mit der Mehrheit der Nein-Stimmen, der Empfehlung nicht zu folgen.

Es erfolgt Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, DIE LINKE., FDP/BV zum Antrag der CDU-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

„Dem Landrat, der Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der SWFG GmbH ist, wird gemäß § 131 Abs. 1 i.V.m. § 97 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf die Weisung erteilt, in der Gesellschafterversammlung auf eine Abberufung des derzeitigen Geschäftsführers der Gesellschaft und die Bestellung eines neuen Geschäftsführers sowie dessen Anstellung in zeitlicher Nähe zur grundsätzlichen Entscheidung über die zukünftige Entwicklung der SWFG mbH hinzuwirken.“

Der Kreistag beschließt bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich den Änderungsantrag.

Herr Abg. Eichelbaum bittet den Vorsitzenden des Kreistages zu prüfen, ob ein Antrag einer Fraktion ohne Zustimmung des Antragstellers geändert werden kann.

Der Vorsitzende des Kreistages macht darauf aufmerksam, dass dieses Prozedere im § 16 der Geschäftsordnung des Kreistages geregelt ist, wonach jeder Abgeordnete bis zum Eintritt in die Abstimmung Änderungs- und Ergänzungsanträge stellen kann.

Herr Landrat Giesecke verweist darauf, dass der Antragsteller jederzeit die Möglichkeit hat, seinen Antrag vor der Abstimmung zurückzuziehen.

Es erfolgt Abstimmung über den CDU-Antrag in der nunmehr geänderten Fassung.

Der Kreistag beschließt einstimmig (bei Enthaltung der CDU-Fraktion):

Dem Landrat, der Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der SWFG GmbH ist, wird gemäß § 131 Abs. 1 i.V.m. § 97 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf die Weisung erteilt, in der Gesellschafterversammlung auf eine Abberufung des derzeitigen Geschäftsführers der Gesellschaft und die Bestellung eines neuen Geschäftsführers sowie dessen Anstellung in zeitlicher Nähe zur grundsätzlichen Entscheidung über die zukünftige Entwicklung der SWFG mbH hinzuwirken.

TOP 9

Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 des Landkreises Teltow-Fläming (4-0978/11-LR)

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass ihm ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit folgendem Wortlaut vorliegt:

„Der Kreistag beschließt die geprüfte Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 des Landkreises Teltow-Fläming gemäß § 85 Abs. 3 Satz 5 BbgKVerf mit folgender Einschränkung:
Zur weiteren Aufarbeitung ungenauer Darstellungen in der Eröffnungsbilanz wird der Landrat beauftragt, nach der Erstellung der Jahresbilanz 2009 ein unabhängiges Wirtschaftsprüfungsunternehmen zu beauftragen. Das Wirtschaftsprüfungsunternehmen soll die Richtigkeit der Eröffnungsbilanz mit allen Bestandteilen und Nachbuchungen und den Jahresabschluss 2009 bestätigen.“

Der Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass der Änderungsantrag mit der Geschäftsordnung kollidiert, da er mit Kosten verbunden ist und zuvor im HFA zu beraten ist.

Frau Abg. Wehlan merkt ebenso an, dass dieser Antrag haushaltsrelevant ist und daher nicht abgestimmt werden kann. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass die Eröffnungsbilanz die Möglichkeit bietet, innerhalb von vier Jahren Änderungen, die während der laufenden Arbeit festgestellt werden, wieder einfließen zu lassen. Deshalb erschließt sich ihrer Fraktion die Sinnhaftigkeit einer externen Beauftragung nicht. Sie bittet die CDU-Fraktion, diesen Antrag zurückzuziehen.

Herr Abg. Wolny äußert, dass heute der Haushaltsbeschluss auf der Tagesordnung steht und deshalb noch Änderungen, die haushaltsrelevant sind, aufgenommen werden können. Er macht in seinen Ausführungen darauf aufmerksam, dass in der Eröffnungsbilanz sehr viele allgemeine Erläuterungen enthalten sind, aber die eigentlichen existenziellen Betrachtungen des RPA-Berichtes darin zu kurz gekommen sind. Herr Abg. Wolny informiert, dass er dem Vorsitzenden des RPA einen Änderungsantrag eingereicht hatte, nachdem er die Stellungnahme des RPA zur Eröffnungsbilanz erhalten hatte. So hatte er u.a. gefordert, dass mit dem Jahresabschluss 2009 dem Kreistag eine fortgeschriebene Eröffnungsbilanz vorzulegen ist, die geänderte Aufwands- und Ertragspositionen so genau wie möglich für den Jahresabschluss 2009 berücksichtigt. Herr Dr. Haase will jedoch diese Fortschreibung erst für das Jahr 2010 eigearbeitet sehen. Ansicht der CDU-Fraktion ist es, dass die genaue Darstellung der Bilanz bewusst verschleppt wird. Zur weiteren Aufarbeitung der ungenauen Darstellung bringt die CDU-Fraktion deshalb den Änderungsantrag ein.

Herr Abg. Wolny macht darauf aufmerksam, dass der Landkreis bei der Erfassung der Inventur lückenlos Dokumentationen sicherzustellen hat. Offensichtlich fehlen Inventurerfassungsblätter, die zur Bewertung herangezogen werden müssten und in das Bewertungshandbuch aufzunehmen sind zu bedeutenden Sachverhalten - wie zum Museumsdorf Glashütte, zu Investivzuschüssen für den Bau der B 101 und zu Straßenbäumen. Zur Feststellung des RPA, dass die Erstellung eines Prozess- und Vertragsregisters empfohlen wird, merkt Herr Abg. Wolny an, dass dieses Register eine unabdingbare Voraussetzung für die Bewertung der Risiken anhängiger Gerichtsverfahren ist. Zusätzlich muss im Rechnungsprüfungsbericht aufgeführt werden, dass die Führung eines zentralen Vertragsregisters fehlt, welches ständig aktualisiert und fortgeschrieben werden muss. Darüber hinaus fehlt eine Aktivierungsrichtlinie zur Festlegung und Unterscheidung von Investitions- und Erhaltungsmaßnahmen sowie zur Übernahme der Positionen der im Bau befindlichen Anlagen. Des Weiteren ist aufzunehmen, dass die Einführung eines Rechnungseingangsbuches empfohlen wird. Der Satz aus der Stellungnahme des RPA, dass die Eröffnungsbilanzwerte ordnungsgemäß aus den Büchern und weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet wurden, muss entfallen, da dies nicht der Fall ist. Ob ein tatsächliches Bild der Vermögens- und Schuldenlage des Kreises mit der

Eröffnungsbilanz gegeben ist, kann nach den genannten Einschränkungen nicht bestätigt werden.

Herr Abg. Wolny weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion die Eröffnungsbilanz in der vorgelegten Form ablehnen muss, wenn der Änderungsantrag nicht beschlossen werden sollte.

Herr Abg. Dr. Haase macht in seinen Ausführungen deutlich, dass er keinen Zweifel daran hat, dass das Rechnungsprüfungsamt nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet hat. Alle Stellungnahmen, die Herr Wolny abgegeben hat, sind aus dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes entstanden. Er verweist darauf, dass die Eröffnungsbilanz vier Jahre fortgeschrieben werden kann. Das Rechnungsprüfungsamt ist letztendlich zu der Auffassung gelangt, dass trotz der Einschränkungen keine wesentlichen Änderungen der Eröffnungsbilanz notwendig sind.

Der Vorsitzende des Kreistages macht nochmals darauf aufmerksam, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit Kosten verbunden ist und im Entwurf des Haushaltsplanes keine Kostenstelle dafür vorhanden ist. Er zitiert den Wortlaut des § 14 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Kreistages. Der Vorsitzende des Kreistages schlägt vor, dass es der CDU-Fraktion frei steht, bei der Haushaltsplanberatung eine Kostenstelle vorzuschlagen, wobei derzeit nicht bekannt ist, in welcher Höhe Kosten zu veranschlagen wären.

Herr Abg. Eichelbaum zieht den Änderungsantrag für seine Fraktion an dieser Stelle zurück.

Der Kreistag beschließt:

die geprüfte Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 des Landkreises Teltow-Fläming gemäß § 85 Abs. 3 Satz 5 BbgKVerf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	Mehrheit
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	einige wenige

TOP 10

Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2011

TOP 10.1

Einwendungen der Stadt Zossen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2011 (4-0968/11-KT)

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass der HFA die Einwendungen der Stadt Zossen beraten und der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung mehrheitlich zugestimmt hat.

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag nimmt die Einwendungen der Stadt Zossen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2011 zur Kenntnis.
2. Der Kreistag schließt sich dem Votum des Haushalts- und Finanzausschusses vom 21. Juni 2011 zur Stellungnahme der Verwaltung zu den Einwendungen der Stadt Zossen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2011 an.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	Mehrheit
Nein-Stimmen:	einige
Enthaltung:	2

TOP 10.2

Einwendungen der Gemeinde Rangsdorf gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2011 (4-0970/11-KT)

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass der HFA die Einwendungen der Gemeinde Rangsdorf beraten und der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung mehrheitlich zugestimmt hat.

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag nimmt die Einwendungen der Gemeinde Rangsdorf gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2011 zur Kenntnis.
2. Der Kreistag schließt sich dem Votum des Haushalts- und Finanzausschusses vom 21. Juni 2011 zur Stellungnahme der Verwaltung zu den Einwendungen der Gemeinde Rangsdorf gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2011 an.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

TOP 11

Haushaltssicherungskonzept 2011

(4-0920/11-I/1)

Der Vorsitzende des Kreistages macht darauf aufmerksam, dass das Haushaltssicherungskonzept in einer neuen Fassung vorliegt. Zusätzlich liegen Änderungsanträge der CDU-Fraktion und der Kooperationsfraktionen vor.

Herr Abg. Lindner, Vorsitzender der Fraktion SPD/Grüne, macht in seinen Ausführungen deutlich, dass zukünftig eine Kostenoptimierung bei der kreislichen Aufgabenstellung dringend notwendig ist, was in dem vorliegenden Änderungsantrag der Kooperationsfraktionen zum Ausdruck kommt. Nicht zu akzeptieren ist es, dass die Haushaltssanierung des Landkreises dadurch erfolgt, dass immer mehr Aufgaben auf die Städte und Gemeinden übertragen werden. Der Aussage im Haushaltssicherungskonzept, dass der Haushaltsausgleich aus eigener Kraft nicht zu schaffen ist, kann die Fraktion nicht zustimmen. Die Fraktion ist sich sicher, dass der Landkreis den Haushaltsausgleich schaffen wird. Die Fraktion fordert, dass der Landkreis seine Ausgaben in den Produktbereichen mit denen der benachbarten Kreise vergleichen und kritisch analysieren muss. Es wird von der Kreisverwaltung erwartet, dass diese bereits im Herbst dieses Jahres die entsprechenden Vergleichszahlen vorlegt, sodass zielorientiert an dem Haushaltsplanentwurf 2012 gearbeitet werden kann. Es darf nicht sein, dass der Haushalt erst Mitte des Jahres beschlossen wird.

Herr Abg. Eichelbaum, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion TF, stellt fest, dass der Landkreis lange Zeit über seine Verhältnisse gelebt hat und sich heute auf einen Schuldenberg von 100 Mio. Euro zubewegt. Er verweist darauf, dass mit Hilfe von Kassenkrediten in Höhe von 32 Mio. Pflicht- und freiwillige Aufgaben des Landkreises sowie neuerdings auch Investitionen finanziert werden. Nach dem Haushaltsrecht ist das rechtswidrig, da die Kassenkredite nur für die Finanzierung eines kurzfristigen Finanzmittelbedarfes vorgesehen sind. Herr Abg. Eichelbaum führt aus, dass der Landkreis ein Ausgabe- und kein Einnahmeproblem hat. So erwartet die Fraktion vom Landrat, endlich die seit Jahren geforderte Evaluation im Sozialbereich durchzuführen, Doppelstrukturen aufzudecken sowie parallele Finanzierungen und die Sozialaufgaben auf den Prüfstand zu stellen. Darüber hinaus muss das gesamte Leistungsspektrum der Verwaltung überprüft und entschieden werden, von welchen Projekten sich der Landkreis verabschieden muss. Herr Abg. Eichelbaum erläutert, warum seine Fraktion die Erhöhung der Kreisumlage ablehnt. Er verweist darauf, dass die CDU-Fraktion in ihrem Änderungsantrag Alternativen zu einer Kreisumlageerhöhung aufgezeigt hat. Damit könnten bereits in diesem Jahr 3 Mio. € eingespart werden.

Frau Abg. Wehlan, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., stellt in ihrem Redebeitrag dar, dass es ernsthafte Bemühungen der Kooperation gibt, konsequent finanzpolitische Weichenstellungen vorzunehmen, um die Handlungsfähigkeit des Landkreises zu verbessern und zu erhalten. Sie verweist darauf, dass diese Bemühungen auch eindeutig aus dem Neudruck des Haushaltssicherungskonzeptes und dem Änderungsantrag der Kooperationsfraktionen hervorgehen. Frau Abg. Wehlan verweist auf die in früheren Jahren getroffenen Entscheidungen unter Mitwirkung der CDU, so u.a. auf die Übernahme der Kosten für die vierte Spur der B 101, und die sich heute daraus ergebenden Probleme. Sie führt an, dass die Fraktion DIE LINKE. den vorgesehenen Konsolidierungskurs mitträgt und diesen maßgeblich mit befördert hat. Dabei sieht die Fraktion folgende Handlungsschwerpunkte:

1. Die Haushaltskonsolidierung muss eine zentrale Stellung im Verwaltungsablauf einnehmen und zur Chefsache werden. Das schließt die Personalentwicklungskonzeption ein.
2. Der Prozess der strategischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung muss konsequent fortgeführt werden.
3. Sensibles Umgehen mit den freiwilligen Aufgaben, so u.a. Sozialticket, Gebührenermäßigungen und -befreiungen für sozial schwache Menschen, Fahrcoupons für Behinderte, Netzwerk für gesunde Kinder, Richtlinie für ambulante und soziale Dienste und die Suche gemeinsam mit den Bürgermeistern nach Möglichkeiten, um z.B. die Fahrbibliothek und das Landschulheim zu erhalten.

Frau Abg. Böttcher übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr Abg. Eichelbaum fragt die Abgeordnete Wehlan, wo die im Änderungsantrag der Kooperationsfraktionen angeführten 7,5 Mio. € im Verwaltungshaushalt konkret eingespart werden sollen.

Frau Abg. Wehlan verweist darauf, dass dies eine Empfehlung des Innenministeriums im Rahmen der Arrondierung des letzten Haushaltssicherungskonzeptes war. Es sollen hier die Erfahrungen anderer Landkreise bezüglich der Ausgaben in bestimmten Produktbereichen im Landkreis Teltow-Fläming zur Anwendung kommen.

(Frau Abg. Österreich verlässt die Sitzung.)

Herr Abg. Schulze informiert darüber, dass er zu verschiedenen Problemkreisen 16 Kleine Anfragen an den Landtag Brandenburg gerichtet hat, um zu evaluieren, wie diese in anderen Landkreisen und kreisfreien Städten gehandhabt werden. Er appelliert an die Abgeordneten, im Interesse der Menschen des Landkreises einen Konsens zu suchen, dem Haushalt 2011 zuzustimmen und darüber hinaus weiter daran zu arbeiten, die Konsolidierung voranzutreiben.

Herr Abg. Nerlich, Vorsitzender der Fraktion FDP/BV, bedankt sich im Namen seiner Fraktion für die geleistete Arbeit in der Verwaltung und in den Ausschüssen des Kreistages. Er verweist darauf, dass u.a. die Kürzungen der Schlüsselzuweisungen des Landes, die Novellierung des Kita-Gesetzes, die Personaltarife, die Kindertagespflege sowie die Zinsen für die Darlehen ursächlich für das Defizit des Landkreises sind. Er informiert, dass die Fraktion die Erhöhung der Kreisumlage um 1% mitträgt.

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Abg. Schulze, übernimmt die Sitzungsleitung.

Frau Abg. Redlhammer-Raback verweist darauf, dass die Erhöhung der Kreisumlage und die Abschaffung von freiwilligen Aufgaben nicht der richtige Weg sein können. Sie stellt innerhalb der Diskussion zum Haushaltsplan und zum Haushaltssicherungskonzept den Antrag mit folgendem Wortlaut:

- „1. Es ist eine Arbeitsgruppe zu bilden. Ziel ist, Kosten einzusparen und sich den Überblick zu verschaffen, wie viel Gelder durch die Existenz und Arbeit von Aufsichtsräten des Landkreises TF an welche Gesellschaften, Betriebe und GmbHs sowie die Aufsichtsratsmitglieder und Vorsitzenden ausgegeben werden und Aufsichtsräte letztendlich einzusparen.
2. Es ist Zuarbeit zu leisten, die Brandenburger Kommunalverfassung dahingehend zu ändern, die der Abschaffung von Aufsichtsräten auf kommunaler Ebene im Wege steht.“

Herr Abg. Hohlfeld, Vorsitzender des HFA, informiert, dass der HFA in seiner Sitzung am 30. Mai 2011 - mit Unterstützung der teilnehmenden Bürgermeister und des Amtsdirektors - der Verwaltung deutlich gemacht hat, dass das eingereichte Haushaltssicherungskonzept nicht den Ansprüchen genügt. Das nunmehr überarbeitete Haushaltssicherungskonzept sieht Einsparungen in den nächsten Jahren in Höhe von 7,5 Mio. € vor. Er informiert, dass der HFA in seiner Sitzung am 21. Juni 2011 dem Kreistag bei 3 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen Ablehnung des Änderungsantrages der CDU-Fraktion empfohlen hat. Den Änderungsantrag der Kooperationsfraktionen hat der HFA bei 9 Ja-Stimmen dem Kreistag zur Annahme empfohlen. Das geänderte Haushaltssicherungskonzept wurde dem Kreistag bei 6 Ja- und 3 Nein-Stimmen zur Beschlussfassung empfohlen.

Frau Abg. Andrae verweist darauf, dass möglicherweise Verwaltungskosten gespart werden könnten und macht dies am Beispiel der aufwendigen Vergabe von zweimal 100 T€ im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport deutlich. Sie vermisst darüber hinaus heute die Forderung, dass der Landrat bezüglich der aufgezeigten Probleme zur B 101 aktiv werden muss.

Es erfolgt Abstimmung über den Punkt 1 des Antrages der Abg. Redlhammer-Raback mit folgendem Wortlaut:

„Es ist eine Arbeitsgruppe zu bilden. Ziel ist, Kosten einzusparen und sich den Überblick zu verschaffen, wie viel Gelder durch die Existenz und Arbeit von Aufsichtsräten des Landkreises TF an welche Gesellschaften, Betriebe und GmbHs sowie die Aufsichtsratsmitglieder und Vorsitzenden ausgegeben werden und Aufsichtsräte letztendlich einzusparen.“

Der Antrag wird bei 1 Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Es erfolgt Abstimmung über den Punkt 2 des Antrages der Abg. Redhammer-Raback mit folgendem Wortlaut:

„Es ist Zuarbeit zu leisten, die Brandenburger Kommunalverfassung dahingehend zu ändern, die der Abschaffung von Aufsichtsräten auf kommunaler Ebene im Wege steht.“

Der Antrag wird bei 1 Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Es erfolgt Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion TF mit folgendem Wortlaut:

„1. Folgende Ergänzungen sind in das Haushaltssicherungskonzept 2011 aufzunehmen:
B.6. Maßnahmenkatalog

- Reduzierung der Aufwendungen für Fahrzeugbeschaffung, Instandhaltung und Fahrzeugunterhaltung um 30 bis zum Haushaltsjahr 2015
- Reduzierung der Personalkosten pro Jahr um 1,5% auf Basis des Haushaltsansatzes 2010
- Prüfung der Eigentumsübertragung der Flämingskate auf die Gemeinden und Prüfung der Reduzierung der Unterhaltskosten zur Unterhaltung der Flämingskate
- Reduzierung der Personalaufwendungen der SWFG mbH
- Umstrukturierung der SWFG mbH
- Verkauf des Biotechnologieparkes
- Prüfung des Verkaufes der Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH
- Reduzierung der Verlustausgleichszahlungen für die kreiseigenen Gesellschaften SWFG mbH und Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH auf insgesamt max. 500 000 Euro p.A.
- Finanzierung der Investitionen maximal in Höhe der Einzahlungen
- Prüfung der Übertragung der Immobilien des Museumsdorfes Glashütte in eine Stiftung
- Prüfung der Übertragung des Schullandheimes „Haus am See“, des Museums des Teltow und der Landwirtschaftsschule auf andere öffentliche Träger
- Reduzierung der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben um 10% auf der Basis des Haushaltsansatzes 2010“

Der Änderungsantrag wird bei einigen wenigen Stimmenthaltungen abgelehnt.

Es erfolgt Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, DIE LINKE., FDP/BV mit folgendem Wortlaut:

„Der Maßnahmenkatalog 2011 wird um folgende Punkte erweitert:

- Der Verwaltungsaufwand ist beginnend mit dem Haushaltsjahr 2012 um mindestens 7,5 Mio Euro zu senken. Ab 2012 sind die jährlichen Einsparpotentiale im Haushaltssicherungskonzept auszuweisen.
- Überprüfung der Kostenstruktur für einzelne Produkte, bei denen der Landkreis Teltow-Fläming deutlich über dem Durchschnitt anderer Landkreise im Land Brandenburg liegt (Ordnung/Sicherheit, Schulträgeraufgaben, Gesundheitsdienste, Bauen und Wohnen, Natur- und Landschaftspflege, Wirtschaft und Tourismus) und Erarbeitung eines Maßnahmenplanes zur Optimierung der Verwaltungsaufwendungen in diesen Bereichen. Deutliche Abweichungen zu den Landesdurchschnittskosten sind, wenn möglich, zu begründen und zu beziffern.
- Über ein Begleitcontrolling in jedem Beigeordneten- und Dezernatsbereich ist strikt darauf zu achten, dass keine Maßnahmen zugelassen werden, die nicht im Einklang mit dem Haushaltssicherungskonzept stehen. Ausgenommen davon sind nur noch

Maßnahmen, die unabweisbar und unvorhersehbar sind. Letztere sind dem Haushalts- und Finanzausschuss halbjährlich vorzulegen.

- Noch in 2011 ist ein Personalentwicklungskonzept vorzulegen und fortzuschreiben. Darin sind alle Maßnahmen zur Entwicklung des Stellenbestandes nach Aufgabenkritik aufzuführen (einschließlich der kw-Stellen).
- Die Umstrukturierung der SWFG und die damit verbundene Konzentration auf für den Landkreis wichtige Aufgabenfelder ist fortzuführen. Notwendig ist die strategische Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung im Landkreis. Das gilt für alle kreislichen Gesellschaften. Über Vereinbarungen zur interkommunalen Zusammenarbeit sind Möglichkeiten zu erwirken, Gemeinden, die von Tätigkeitsfeldern kreislicher Gesellschaften profitieren, mit in die Verantwortung zu nehmen. Die Veräußerung von kreislichen Anteilen sollte in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen. Ziel muss sein, die Risiken für den Landkreis zu begrenzen und die Zuschüsse an die Gesellschaften, an denen der Landkreis beteiligt ist, zu reduzieren.“

Der Änderungsantrag wird bei 1 Stimmenthaltung einstimmig angenommen.

Es erfolgt Abstimmung über die nunmehr geänderte Vorlage 4-0920/11-I/1.

Der Kreistag beschließt:

das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Teltow-Fläming als Bestandteil des Haushaltsplanes 2011.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

TOP 12

Haushaltssatzung 2011

(4-0921/11-I)

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass zur Haushaltssatzung Austauschblätter der Verwaltung auf den Tischen liegen. Des Weiteren liegt ein Antrag der CDU-Kreistagfraktion zum Haushalt 2011 vor, zu dem die Fraktion beantragt hat, jeden Beschlusspunkt einzeln abzustimmen. Weiterhin liegt der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zur Beauftragung eines Wirtschaftsprüfungsunternehmens vor, welcher im TOP 9 – Eröffnungsbilanz – zurückgestellt wurde.

Der Vorsitzende des Kreistages teilt mit, dass für heute eine außerordentliche Sitzung des HFA anberaumt werden sollte. Dies wurde in einer Sitzung am 23. Juni 2011 beim Vorsitzenden des Kreistages von den anwesenden Vertretern der Fraktionen so vereinbart. Dagegen hat ein Mitglied des HFA Widerspruch erhoben, da die Einberufungsfrist gemäß Geschäftsordnung für diese Sitzung nicht eingehalten wurde.

Der Vorsitzende teilt die Abstimmungsergebnisse der Fachausschüsse zum Haushalt 2011 mit. Er informiert darüber, dass der HFA am 21. Juni 2011 beraten und kein Votum abgegeben hat, da nicht alle Unterlagen zu dieser Sitzung vorlagen.

Herr Abg. Hohlfeld, Vorsitzender des HFA, informiert über die Haushaltsberatungen im Haushalts- und Finanzausschuss. Er begründet, warum der HFA kein Votum abgegeben hat. Er gibt bekannt, dass dem Vorschlag aus dem CDU-Antrag, in der Haushaltssatzung 2011 im § 4 die Zahl „32.000000“ durch „25.000000“ zu ersetzen und im § 5 die Zahl „45“ durch die Zahl „45“ zu ersetzen nicht zugestimmt wurde. Der HFA hat empfohlen, im 1. Punkt des CDU-Antrages die Sätze 1 und 2 zu streichen und im Punkt 3 das Wort „um“ durch die Worte

„bis zu“ zu ersetzen. Der HFA empfiehlt dem Kreistag bei 6 Nein- und 3 Ja-Stimmen, den Antrag abzulehnen.

Es erfolgt Abstimmung zum Antrag der CDU-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

„Der Landrat wird beauftragt, alle freiwilligen Aufgaben auf Einsparungsmöglichkeiten zu untersuchen, insbesondere zu überprüfen, ob die diesbezüglichen Aufgaben notwendig und erforderlich sind. Alle Produktpläne sind in einem Vergleich mit den entsprechenden Produktplänen der Haushaltspläne der Landkreise Dahme-Spreewald, Oberhavel und Potsdam-Mittelmark zu unterziehen. Der Landrat berichtet dem Kreistag bis zum Ende des Jahres 2011 über die Ergebnisse der entsprechenden Prüfungen und Untersuchungen.“

Der Antrag der CDU-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Es erfolgt Abstimmung zum Antrag der CDU-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

„Der Kreistag bekundet den politischen Willen gemäß § 62 Absatz 3 der Brandenburger Kommunalverfassung, die Zuständigkeit für die Einstellung und Begründung eines Beamtenverhältnisses ab der Besoldungsgruppe A 13 des höheren Dienste und der Einstellung von Arbeitnehmern vergleichbarer Entgeltgruppen an sich zu ziehen. Die Hauptsatzung ist entsprechend zu ändern und die geänderte Fassung dem Kreistag in der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Der Antrag der CDU-Fraktion wird bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Es erfolgt Abstimmung zum Antrag der CDU-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

„Ab sofort sind alle Planstellen jährlich bis zu 5% zu reduzieren, mindestens in Höhe der Neueinstellungen (durch sog. kw-Vermerke). Die nicht besetzte Stelle des persönlichen Referenten des Landrates wird ersatzlos gestrichen. Die entsprechende Änderung des Stellenplanes des Haushaltes 2011 wird vorgenommen.“

Der Antrag der CDU-Fraktion wird bei 22 Nein-Stimmen, 11 Ja-Stimmen und 8 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Es erfolgt Abstimmung zum Antrag der CDU-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

„Die Haushaltssatzung 2011 wird wie folgt geändert:

- a) In § 4 wird die Zahl „32.000000“ durch „25.000000“ ersetzt.
- b) In § 5: Satz wird die Zahl „46“ durch die Zahl „45“ ersetzt.“

Der Antrag der CDU-Fraktion wird bei einigen wenigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Es erfolgt Abstimmung zum Antrag der CDU-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

„Die Ausgaben im Haushaltsplan 2011 sind um 3 Mio. Euro zu reduzieren. (siehe Anlage)“
(Die Anlage liegt den Unterlagen des Kreistages bei.)

Der Antrag der CDU-Fraktion wird bei einigen wenigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Es liegt der Antrag der CDU-Fraktion vor, zur Prüfung der Eröffnungsbilanz ein unabhängiges Wirtschaftsprüfungsunternehmen zu beauftragen.

Der Vorsitzende des Kreistages unterbreitet den Vorschlag, diesen Antrag in den HFA zu überweisen, da er formal heute nicht abgestimmt werden kann.

Die Überweisung des Antrages der CDU-Fraktion in den HFA wird mehrheitlich abgelehnt.

Es erfolgt Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

„Der Kreistag beschließt die geprüfte Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 des Landkreises Teltow-Fläming gemäß § 85 Abs. 3 Satz 5 BbKVerf mit folgender Einschränkung:
Zur weiteren Aufarbeitung ungenauer Darstellungen in der Eröffnungsbilanz wird der Landrat beauftragt, nach der Erstellung der Jahresbilanz 2009 ein unabhängiges Wirtschaftsprüfungsunternehmen zu beauftragen. Das Wirtschaftsprüfungsunternehmen soll die Richtigkeit der Eröffnungsbilanz mit allen Bestandteilen und Nachbuchungen und den Jahresabschluss 2009 bestätigen.“

Der Antrag der CDU-Fraktion wird bei einigen wenigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Es erfolgt Abstimmung über die Haushaltssatzung 2011 einschließlich der vorliegenden Korrekturblätter der Verwaltung.

Der Kreistag beschließt:

die Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming mit ihren Anlagen – einschließlich der vorgelegten Änderungen – für das Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	Mehrheit
Nein-Stimmen:	einige

TOP 13

Jugendförderplan 2011

(4-0948/11-V/1)

Der Kreistag beschließt:

den Jugendförderplan des Landkreises Teltow-Fläming 2011.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	mehrheitlich
Enthaltung:	1

TOP 14

Tätigkeitsbericht des Landrats über die Arbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming 2010
(4-0937/11-LR)

Frau Abg. Andrae stellt zum Tätigkeitsbericht Fragen, auf die sie heute nicht unbedingt eine Antwort erwartet. Sie fragt, warum im Jahr 37 Ausgaben des Amtsblattes für den Landkreis notwendig sind und warum z.B. an zwei aufeinanderfolgenden Tagen jeweils ein Amtsblatt herausgegeben werden muss (Seite 20). Sie möchte wissen, warum die jährlich stattfindende Ausstellung zur Badewasserqualität nur im Kreishaus Luckenwalde gezeigt wird (Seite 51), ob sich der Wachenstandort in Baruth aufgrund von Teupitz erledigt hat (Seite 63) und

ob der Kreis die Militärliegenschaft in Kummersdorf mit den Altlasten übernehmen muss, um dort einen Ökopool zu schaffen. Weiterhin fragt sie, warum keine Blitzer in Ludwigsfelde stehen. Sie macht darauf aufmerksam, dass auf der Seite 106 und 109 die Besucherzahlen im Bereich Kultur fehlen und dass die Veranstaltungen der Musikschule (Seite 108) zu 80% entlang der B 101 stattfinden.

Herr Landrat Giesecke bedankt sich für die Hinweise. Zum Amtsblatt informiert er, dass dieses – anders als in den Kommunen – nicht an die Haushalte verteilt wird. Es ist gesetzlich notwendig, um amtliche Bekanntmachungen zu veröffentlichen. Die wesentliche Verbreitung erfolgt über das Internet und u.a. über die gemeindlichen Bibliotheken. Sind Veröffentlichungen notwendig, kann schnell reagiert werden. Zur Ausstellung über die Badewasserqualität würde er sich freuen, wenn die Gemeinden diese anfordern würden. Es wird zukünftig Überlegungen in der Verwaltung geben, wie Aktivitäten im Bereich der Kultur den Kommunen besser bekannt gemacht werden, sodass sie diese auch nutzen können. Zum Wachenstandort Baruth erläutert er, dass eine Rettungswache und ein Notarztstandort zwei unterschiedliche Bereiche sind. Zu Kummersdorf führt er aus, dass der Landkreis nicht Eigentümer der Flächen sein muss, auch wenn er einen Ökopool einrichtet. Zu den nicht vorhandenen Blitzern in Ludwigsfelde erläutert er, dass Ludwigsfelde eine Sondererlaubnis vom Innenministerium zum eigenständigen Blitzen erhalten hat. Die Besucherzahlen im Bereich Kultur können nachgeliefert werden. Herr Landrat Giesecke verweist darauf, dass auch durch Abgeordnete eine Anfrage dazu gestellt werden könnte. Dass bei der Kreismusikschule 80% der Veranstaltungen in Orten an der B 101 stattfinden, liegt in der Infrastruktur des Landkreises begründet.

Herr Abg. Akuloff informiert über das Resultat einer geführten Diskussion in der Fraktion DIE LINKE. Er führt aus, dass die Darstellung der Tätigkeit des Landrates das Spiegelbild der Verwaltungsleistung aller Ämter und Bereiche der Kreisverwaltung ist. Keine Antwort gibt der Bericht jedoch darauf, mit wie viel Mitarbeitern und Aufwand diese Arbeit geleistet wurde. Deshalb schlägt die Fraktion vor, dass in allen Fraktionen über diese Thematik nochmals diskutiert werden sollte. Nach Meinung der Fraktion DIE LINKE. sollte der Tätigkeitsbericht zukünftig aus einem sachlichen Wortbericht zu den Tätigkeiten in den Ämtern und einem Statistikteil bestehen. Die Wortdarstellung sollte eine Meinungsäußerung des Landrates zum jeweiligen Entwicklungsstand – auch unter Beachtung der Kreisentwicklungskonzeption – enthalten. In diesem Zusammenhang schlägt er im Namen seiner Fraktion vor, thematische Kreistagssitzungen, z.B. zur ländlichen Entwicklung, durchzuführen.

Herr Landrat Giesecke macht darauf aufmerksam, dass die Umsetzung der Forderungen der Fraktion DIE LINKE. zur Gestaltung des Tätigkeitsberichtes stark in die politische Meinungsbildung eingreift. Bisher wurde versucht, dies zu verhindern, indem nur eine Bestandsaufnahme dessen, was vorhanden ist, dargestellt wurde. Mittragen könnte er, wenn sich der Kreistag auf dieser Grundlage politisch auseinandersetzen würde. Zum Bericht könnte, wenn es gewünscht wird, eine ergänzende Einschätzung des Landrates gegeben werden. Zur Kreisentwicklungskonzeption informiert er, dass diese aktuell erneut Thema im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung ist und auf den Prüfstand gestellt wird.

Herr Abg. Wolny bittet darum, eine Terminierung vorzunehmen, zu welchem Zeitpunkt der Antikorruptionsbeauftragte im Kreisausschuss seinen Bericht gibt.

(Herr Abg. Priefert verlässt die Sitzung.)

TOP 15

Veräußerung von Geschäftsanteilen an der Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH (LUBA) (4-0904/11-LR/1)

Der Kreistag beschließt:

Die Geschäftsanteile des Landkreises Teltow-Fläming an der Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH in Höhe von 87.000 € werden veräußert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	41
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1

TOP 16

Votierung 2012/2013 - Richtlinie zur Kinderbetreuungsfinanzierung (4-0928/11-V/1)

Der Kreistag beschließt:

die Votierung 2012/2013 gemäß der Richtlinie zur Kinderbetreuungsfinanzierung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	43
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

TOP 17

Erste Änderungssatzung der Gebührensatzung der Kreismusikschule Teltow-Fläming (4-0954/11-V)

Der Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass in der Satzung Rechtschreibfehler enthalten sind und bittet um Korrektur. Auf der Seite 1 muss es richtig heißen „Instrumentenkarussell“, auf der Seite 2 (Tabelle letzte Zeile) „Lehrkräften“.

Der Kreistag beschließt:

die Erste Änderungssatzung der Gebührensatzung der Kreismusikschule Teltow-Fläming.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

TOP 18

Mitteilungen des Landrates

Herr Landrat Giesecke informiert, dass er regelmäßig am Ende des öffentlichen Teils der Kreistagssitzung über die Umsetzung von Beschlüssen des Kreistages berichten wird.

Zur Tempo-30-Regelung auf der Bundesstraße B 96 vor der Grundschule Groß Machnow wurde eine Verlängerung bis Dezember 2011 erreicht, sodass die baulichen Veränderungen vorgenommen werden können.

Zur Notarztversorgung im Raum Dahme fanden zwischenzeitlich zwei Gespräche bei der Ministerin statt und zahlreiche Gespräche mit dem Landrat von Dahme-Spreewald. Es hat sich in Luckau eine Bürgerinitiative gebildet, die sich für den Erhalt des Notarztstandortes in Luckau einsetzt. Das in Auftrag gegebene Gutachten hat ergeben, dass bei Einrichtung eines weiteren Notarztstandortes dieser in Dahme sein müsste. Der Landkreis TF ist nach wie vor für die Erhaltung des Notarztstandortes am Krankenhaus in Luckau.

Zur Sicherheitsvorkehrungen am Bahnhof Wünsdorf ist eine Antwortschreiben der Deutschen Bahn eingegangen, in dem informiert wird, dass einige Sofortmaßnahmen eingeleitet wurden, jedoch eine abschließende Äußerung nicht möglich ist, weil die staatsanwaltlichen Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind.

Zum Thema 50 Jahre Mauerbau soll gemeinsam mit den Gemeinden eine Radtour auf dem Mauerradweg von Mahlow nach Heinersdorf organisiert werden. Eine schriftliche Einladung dazu wird erfolgen.

Herr Landrat Giesecke lädt die Abgeordneten zu einer feierlichen Baufertigstellung für drei Maßnahmen in Glashütte am 8. Juli ab 16 Uhr ein. Auch hierzu erfolgt eine schriftliche Einladung an alle Abgeordneten.

Der Vorsitzende des Kreistages beendet die Kreistagssitzung und wünscht eine erholsame Sommerpause.

Luckenwalde, 27. Juli 2011

Christoph Schulze